

6. Wahlperiode – 17. Sitzung

Tagesordnungspunkt 7

„Moratorium für Windkraftanlagen“

9. Juli 2015

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Urban, die Koalition hat mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages klargemacht, dass wir neue Wege in der Energiepolitik gehen werden. CDU und SPD haben darin ein klares Bekenntnis zur Windenergie abgegeben. Wir haben uns klar positioniert: Wir wollen die Windenergie in Sachsen voranbringen. Ich hoffe, das haben Sie gelesen, sehr geehrter Herr Kollege Urban.

Wir haben ganz klar einen Schlüssel definiert. Der Schlüssel liegt für uns bei den regionalen Planungsverbänden. Die Kompetenz liegt vor Ort. Die regionalen Planungsverbände sollen mit einer flexiblen Abstandsregelung selbst entscheiden, wo sie Potenzialflächen auslegen, wo sie Vorrang- und Eignungsflächen auslegen. Der Schlüssel liegt aus unserer Sicht auch auf der anderen Seite: Er liegt bei uns in der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen sie zukünftig verstärkt in die Planung einbeziehen. Die Einbeziehung muss auch finanziell möglich sein. Der Kollege von der Linksfraktion hat es gerade angesprochen: Der Schlüssel für mehr Akzeptanz liegt in der finanziellen Beteiligung. Das wollen wir zukünftig ermöglichen. Die Koalition wird konkrete Vorschläge unterbreiten, wie wir die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen in Sachsen finanziell an den Gewinnen, die mit Windenergie erzielt werden können, beteiligen. Sehr geehrter Herr Urban, Sie haben sicherlich schon festgestellt, dass sich mit Windenergie gutes Geld verdienen lässt. Mit unserem Ansatz für Bürgerbeteiligung wollen wir erreichen, dass diejenigen, die im Umfeld dieser Windenergieanlagen leben, auch von der Wertschöpfung profitieren bzw. partizipieren können. Der Schlüssel liegt für uns in der Energiewende, ein Schlüssel für mehr Akzeptanz, für mehr Wind in Sachsen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Sehr geehrter Herr Urban, Ihr Moratorium bedeutet, dass ab sofort jeglicher Ausbau von Windenergieanlagen in Sachsen nicht mehr möglich ist. Das steht allen Zielen, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, entgegen. Auch aus energiepolitischen Gründen kommt das für uns überhaupt nicht infrage. Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen. Es gibt noch weitere Gründe, Ihren Antrag abzulehnen. Ich möchte kurz auf Ihre Begründung eingehen. Sie schreiben über die Legende vom Infraschall. Sie sagen, durch Windenergieanlagen entstehen Infraschallemissionen, die für die in der Umgebung lebenden Menschen gesundheitsgefährdend sind. Sehr geehrter Herr Urban, dafür gibt es keinerlei wissenschaftliche Bestätigung.

Es gibt zahlreiche Untersuchungen an Windenergieanlagen, die zu dem Ergebnis kommen, dass keinerlei gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Infraschall zu ermitteln sind. Ich zitiere aus dem Faktenpapier „Windenergie und Infraschall“ des hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Verkehr vom Mai 2015: „Ein wissenschaftlich eindeutiger Zusammenhang zwischen Infraschall durch Windenergieanlagen und gesundheitlicher Belastung ist nicht herstellbar.“ Wenn man vergleicht, wo wir Menschen sonst noch Infraschall ausgesetzt sind, dann braucht man wirklich kein Wissenschaftler zu sein, sehr geehrter Herr Kollege Urban, um festzustellen, dass uns Infraschall durch Windenergieanlagen nicht wirklich gefährlich werden kann. Die Infraschallbelastung beispielsweise beim Autofahren mit 130

Stundenkilometern auf der Autobahn ist um ein Vielfaches höher, und wenn Sie Ihr hinteres Autofenster aufmachen, dann ist die Infraschallbelastung einhundertmillionenfach höher als durch jede Windenergieanlage. In der Konsequenz müssten Sie ein sofortiges Tempolimit auf Autobahnen fordern und den Autofahrern vorschreiben, dass sie in Zukunft alle Fenster geschlossen halten sollen.

Richtig. Ein weiteres Beispiel: Die Messung der Landesanstalt für Umwelt und Naturschutz von Baden-Württemberg hat ergeben, dass bei Bürogebäuden der Infraschallpegel höher ist, als würden Sie in 150 Meter Entfernung an einer Windenergieanlage stehen. Das hätte zur Konsequenz, wir müssten heute sofort den Sächsischen Landtag räumen und Sie müssten ein Moratorium für alle Büroarbeitsplätze fordern. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, diese beiden Beispiele zeigen aus meiner Sicht, worum es Ihnen geht. Ihnen geht es nicht um Gesundheitsschutz, Ihnen geht es auch nicht um die Menschen, Ihnen geht es in dieser Debatte um blanken Populismus.

So etwas, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion, werden wir nicht mittragen. Wir nehmen die Sorgen und Nöte der Bürger ernst. Wir werden diese aber auch nicht künstlich aufbauschen. Wir wollen stattdessen – ich hatte es vorhin angedeutet – mit unserem Konzept für mehr Bürgerbeteiligung auch im Windenergiebereich dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger zukünftig an dem Gewinn beteiligt werden und dass die Energiewende in Sachsen auch in Sachen Windenergie in Zukunft Wirklichkeit wird. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Staatsministers Martin Dulig)